

Einsprache gegen Planungszone abgewiesen

Riedholz Gemeinderat folgt der Empfehlung der Ortsplanungsgruppe. Zudem beantwortete der Kanton den Deponie-Brief.

Der Gemeinderat hat auf Antrag der Ortsplanungsgruppe die Einsprache gegen eine Planungszone Baselstrasse abgelehnt. «Die Einsprache hatte kein konkretes Rechtsbegehren. Verlangt wurde einfach die Aufhebung des Entscheids», erklärt Gemeindepräsidentin Jasmine Huber. «Wir haben das Gespräch mit den Einsprechern gesucht, fanden aber keine Einigung. An der Einsprache wurde festgehalten.» Die Ortsplanungsgruppe wies in ihrer Empfehlung an den Gemeinderat darauf hin, dass im Perimeter der Planungszone eine erhöhte Anforderung an die Siedlungsentwicklung gestellt werden soll, erwünscht seien nur mässig störende Betriebe und keine verkehrsintensiven Betriebe oder Lager. Das öffentliche Interesse sei höher zu gewichten als das

Privatinteresse. «Die Planungszone gilt maximal drei Jahre oder bis zur Auflage der revidierten Zonenplanung. Unter Umständen geschieht dies bereits nächstes Jahr», so die Gemeindepräsidentin.

Mehr Fallwild wegen Deponie?

Wie vor einem Monat berichtet, gab es zur Planaufgabe der Erweiterung Deponie Attisholz keine Einsprache. Der Gemeinderat hatte vor den Sommerferien explizit bei einer Gegenstimme ebenfalls auf eine Einsprache verzichtet, aber ungeklärte Themen aufmerksam zu machen. Diese betreffen das Fallwild auf der Baselstrasse und das Deponievolumen. Gemeinderat Beat Graf wollte damals wissen, wer zahle, falls Massnahmen ergriffen werden müssen, wenn die Fallwildzahl signifikant ansteigt? Er machte sich aber auch Sorgen im Zusammenhang mit dem jährlichen Deponievolumen. Denn nirgends stehe geschrieben, was passiert, wenn die 80 000 Kubikmeter pro Jahr über längere Zeit überschritten werden.

Nun hat der Kanton geantwortet. Rolf Glünkin vom Amt für Raumplanung bedankt sich für den Brief. «Wir werden noch darauf zurückkommen, können aber schon jetzt festhalten, dass der Kanton dem Thema Fallwild die nötige Beachtung schenkt.» Das Thema sei aber wohl nur zu einem geringen Teil von der Deponie abhängig, sondern vielmehr von der Infrastruktur von Strasse und Schiene. Deshalb müsse es ganzheitlich angegangen werden. Hier werde die Deponiekommission beigezogen. Zum zweiten Anliegen der Riedhölzer im Brief an den Kanton antwortet Glünkin: «Das Anliegen zum jährlichen Deponievolumen werden wir noch vertiefen.»

Weiter informierte Gemeindepräsidentin Huber den Gemeinderat zum Thema Moonliner. Alle vier Gemeinden, Riedholz, Balm b. Günsberg, Günsberg und Hubersdorf, hätten positive Rückmeldungen zur Weiterführung der Linie M55 gegeben. Die Linie wird somit auf den Fahrplanwechsel definitiv betrieben. (UBY)